

WLZ

Wiesbadener Lehrerinnen und Lehrerzeitung

Zeitung des GEW-Kreisverbandes Wiesbaden-Rheingau, Nr. 1 / 2019 / 37. Jahrgang

GEW

50 JAHRE WOODSTOCK UND NOCH IMMER KEIN FRIEDEN



INHALT

- 02 „Sorry Kinder, aber ihr seid es nicht wert“
- 03 Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes 08/18 - 06/19
- 05 Eine Schule für alle
- 07 Gespräch mit OB Gerd-Uwe Mende (SPD)
- 09 Vielleicht sind Sie ja nicht betroffen?
- 10 Inklusion ist Menschenrecht
- 11 Lehrkräftemangel an hessischen Berufsschulen
- 12 Personalrätarbeit aus Sicht des Gesamtpersonalrates
- 14 Aufruf zur Demo - Fridays for Future
- 16 Atomwaffen sind Klimakiller

Impressum:

WLZ, Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden-Rheingau; Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, E-Mail: info@gew-wiesbaden.de; Homepage: www.gew-wiesbaden.de; Redaktion: Thomas Eilers, Uta Knigge, René Scheppler, Dr. Manon Tuckfeld; Druck: wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus, Werkstätten für behinderte Menschen, Tel. 0611/1749-312; Auflage: 1500. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion oder des Kreisvorstandes Wiesbaden-Rheingau der GEW wieder.

„Sorry Kinder, aber ihr seid es nicht wert...“

Ein Facebook Beitrag über die WLS und die Planung der neuen Gymnasien aus WLS Sicht.

Ich bin Lehrer an der Wilhelm-Leuschner-Schule in Kostheim. Die WLS ist eine integrierte Gesamtschule (IGS) mit inklusiver Beschulung. IGS bedeutet, dass Hauptschüler, Realschüler und Gymnasialisten zusammen den Unterricht besuchen. Meine Aufgabe als Förder-schullehrer ist es, Schüler mit diagnostizierten Lernschwierigkeiten und/oder emotional-sozialem Entwicklungsbedarf entsprechend zu fördern, zu fordern und zu einem adäquaten Schulabschluss zu führen.

An meiner IGS gibt es allerdings seit Jahren keinen gymnasialen Oberstufen-Zweig. Meine Kolleginnen und Kollegen arbeiten seit Jahren daran, genau so eine Oberstufe wieder aufzubauen. Auch meine neue Schulleitung ist seit 2 Jahren bemüht, dieses Vorhaben durchzusetzen. Erste Früchte des Erfolgs sind bereits zu spüren. Wir sind mittlerweile eine 5-zügige Schule und die Schülerzahlen steigen weiter an. Erste Baupläne wurden schon vorgelegt, um unsere wirklich marode Schule zu sanieren und teilweise zu erweitern.

Es ist eine große Chance für alle Schülerinnen und Schüler so zu lernen. Die schwachen Kinder werden von leistungsstärkeren Schülern in offenen Unterrichtsformen beim Lernen unterstützt und stärkere Schüler lernen soziale Kompetenzen im Umgang mit leistungsschwächeren Schülern. Das gemeinsame Lernen ist ein Konzept. An einigen Schulen werden SchülerInnen mit Behinderungen vereinzelt integriert, während unsere Schule das gemeinsame Lernen zu einem wesentlichen Bestandteil des Schulprogramms gemacht hat.

Und jetzt kommt die Stadt Wiesbaden und will in unmittelbarer Nähe der Wilhelm-Leuschner-Schule ein Gymnasium in nur 2 Jahren aufziehen? In nur 2 Jahren? – Ernsthaft???? Meine Schule bemüht sich seit Jahren um eine Sanierung bzw. Neubau und bei einem Gymnasium geht das innerhalb von nur 2 Jahren? Meine Kollegen arbeiten jahrelang an einem Konzept, die Schule weiter auszubauen, und sie werden einfach übergangen?

Sorry, Kinder, aber ihr seid es nicht wert die finanziellen Mittel zu erhalten, wenn ihr nicht von Anfang an zur Bildungselite gehört. Das Lernen für das Abitur an einem reinen Gymnasium ist mehr wert, als das Lernen zum Abitur an einer IGS? Welche Message hat die Stadt Wiesbaden an die SchülerInnen meiner Schule? Welche an mich und meine Kollegen? Welche an meine Schulleitung?

Für mich bedeutet das mal wieder das, was es immer ist:

Die soziale Herkunft ist der wichtigster Bestimmungsfaktor für die Bildungschancen. Danke Wiesbaden für NICHTS!!

...

Thilo Stahlbovs

Tätigkeitsbericht des GEW-Kreisvorstands Wiesbaden-Rheingau (August 2018 bis Juni 2019)

Wir möchten an dieser Stelle langjährigen sehr aktiven Mitgliedern für ihre geleistete Arbeit und Zeit für die GEW danken: Matthias Bender, Annette Franz, Sigrid Rohleder, Arnold Spellerberg, Michael Zeitz

1. Laufende Geschäfte

Nach wie vor treffen sich der Kreisvorstand und Gäste regelmäßig alle 14 Tage zu einer **Kreisvorstandssitzung** in der Geschäftsstelle in der Gneisenaustraße oder alternierend in der Kerschensteinerschule. Es werden verschiedene Themen diskutiert und Termine koordiniert. Im Mai 2019 führten wir einen **Klausurtag** durch.

Die Mitglieder melden sich in der Regel über E-Mail oder Telefon, um Informationen und Beratung zu bekommen. Mittwochs zwischen 14 und 16 Uhr gibt es seit Februar 2018 eine **Telefonprechstunde** der Vorsitzenden Johanna Browmann und Chris Hahn unter der Nummer 0163/4413085.

Weitere Ansprechpartner*innen

Rechtsberatung: Manon Tuckfeld und Christina Gerhardt

Pensionsberechnungen: Christina Gerhardt.

Beratungen für schwerbehinderte und langfristig erkrankte Mitglieder: Victoria Gulitz

Gremiensitzungen der GEW

- **Bezirksvorstand Südhessen:** Christine Dietz, Uli Horbrügger, Katja Plazikowsky, Manon Tuckfeld

- **Landesvorstand:** Christine Dietz, Uli Horbrügger, Katja Plazikowsky, Manon Tuckfeld, René Scheppler

Landesfach- und Personengruppen:

- **Sonderpädagogik:** Katja Plazikowsky, Caro Hegner

- **IGS:** René Scheppler

- **Fachgruppe Gymnasien:** Manon Tuckfeld

- **Tarifbeschäftigte:** Claudia Schneider

- **Kitas** (Sozialpädagogische Berufe außerhalb der Schule): Thorsten Willig

Kontakt zum DGB: Uli Horbrügger/ Christian Kato

Bündnisarbeit: „Ihr seid nicht alle!“

Bündnis für Demokratie: Caro Hegner nimmt an den Treffen des „Wiesbadener Bündnis für Demokratie“ teil, einem Zusammenschluss von Organisationen/Parteien/Gewerkschaften auf regionaler Ebene.

Bündnis Schulsanierung: Hajo Barth, Christine Dietz, Chris Hahn

Schulpolitik der Stadt Wiesbaden wird von uns aufmerksam verfolgt und begleitet, besonders die Themen Inklusion, Schulschließungen sowie Schulsanierungen. GEW-Mitglieder nehmen regelmäßig an den Sitzungen des **Ausschusses für Schule und Kultur** teil.

2. Themenschwerpunkte

Umgang mit Informationspolitik des Schulamtes: Inklusion

In den KV-Sitzungen ist immer wieder das System BFZ, wie es in Wiesbaden läuft, Thema. Es wird weiterhin darüber diskutiert. Die GEW hat gemeinsam mit dem GPRLL zwei Verfahren angestoßen, um die Mitbestimmungsrechte bei Abordnungen von Förderschulkolleg*innen an Regelschulen wahrnehmen zu können. Mit falschen Szenarien – Förderschullehrer*innen müssten Aufsichten machen, zu Konferenzen der Regelschule gehen; den Schulleitungen der Regelschule unterstellt, verlören sie ihre fachliche Autonomie und ihre Fachlichkeit – wird die Frage der mitbestimmungsrechtlichen

überlagert, so dass u.a. deswegen einige Förder-
schullehrer*innen sich nicht mehr von der GEW
vertreten fühlen und austreten.

Werbung in der Schule

Der KV diskutiert über die neusten „Werbeakti-
vitäten“ in Schule (Beispiele: Samsung Light-
house-Schule in Rüsselsheim/ESWE-Werbung/
REWE/ PORTAS/ Bundeswehr) verschiedener
Firmen und Institutionen. René Scheppeler hat
dieses im Blick. Themen, die den Schulamtsbezirk
betreffen werden auch im GPRLL thematisiert.
Aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes wer-
den Informationen von Behörden angefordert.
Diese sind manchmal mit Kosten verbunden, die
der KV übernimmt.

Überlastungsanzeigen

Auch im vergangenen Jahr gab es wieder
einige Überlastungsanzeigen verschiede-
ner Schulen, vorwiegend Grundschulen. Wenn
gewünscht, berät der KV berät die Kollegien und
Einzelpersonen.

IGS in Wiesbaden: Ausbau der Wilhelm-Leusch- ner-Schule oder zwei neue Gymnasien?

Nachdem das Stadtparlament zwei neue Gymna-
sien in die Diskussion brachte, hat sich die GEW
eingeschaltet. Es wird für den Ausbau der WLS
und einer weiteren IGS gekämpft. Zurzeit ist ein
Bündnis der bestehenden IGS sehr aktiv.
Die genannten Themen werden teilweise auch in
den Gesamtpersonalrat eingebracht.

3. Aktivitäten in der Öffentlichkeit

Pressemitteilungen

Alle Pressemitteilungen sind auf der Home-
page unter www.gew-wiesbaden.de zu finden.
Sie beziehen sich im Großen und Ganzen auf die
unten aufgelisteten Veranstaltungen.

Medien der GEW Wiesbaden-Rheingau – analog und digital

WLZ: Die WLZ erscheint unregelmäßig. Dieses
Medium wollen wir für längere Artikel nutzen,
aktuelles wird auf die Homepage gestellt.

Homepage: René Scheppeler kümmert sich wei-
terhin darum, dass aktuelle Informationen und
Veranstaltungshinweise auf die Homepage
gestellt werden sowie der Servicebereich aktua-
lisiert wird.

GPRLL-Info der GEW-Fraktion: Seit 2019 wird
das GPRLL-Info digital an die Personalräte und
die Mitglieder versendet. So können Neuigkeiten
schneller verbreitet werden. Die einzelnen Arti-
kel sind auf der Homepage einzusehen.

4. Mitgliederwerbung/Mitgliederbindung

Werbung neuer Mitglieder /Junge GEW/ Vertrauensleute

Die GEW stellt sich im Mai und November bei
den neuen Lehramtsreferendar*innen vor.
Der Kreisvorstand hat auf der Klausurtagung
beschlossen, gezielt die Personalräte der Schu-
len für die Personalratswahlen im Mai 2020
anzusprechen.

Versand des GEW-Kalenders 2019

Alle Neumitglieder und diejenigen, die sich
gemeldet haben, wurde der Kalender zugesandt.

5. Streiks/Demonstrationen/Aktivitäten/ Veranstaltungen

- 19.08.2018 **Demo gegen AfD**
- 21.08.2019 GEW in Zusammenarbeit mit dem
DGB, **Diskussionsveranstaltung „Berufsver-
bote – Schnee von gestern, oder heute noch
aktuell?“**
- 30.08.2018 **Mitgliederversammlung KV
Wiesbaden-Rheingau**
- 13.09.2018 Veranstaltung **Bündnis
Schulsanierung**
- 26.09.2018 **Bildungsdemo Frankfurt:** „Bildung
in Hessen braucht bessere Bedingungen“
- 29.09.2018 **Demo gegen „Demo für alle“**
- 26.10.2018 **Demo des Bündnisse für**

Eine Schule für alle

- **Demokratie** gegen Abschlussveranstaltung AfD
- 13.11.2018 **A13 für alle** Aktionen Luisenplatz
- 08.02.2019 **Pressegespräch „Geplanter Neubau von 2 Gymnasien“**
- 12.03.2019 **Bildungsgespräch: „Jede IGS ist auch ein Gymnasium!“**
- 26.03.2019 **Hessenweiter Warnstreik im Landesdienst:** Beschäftigte fordern 6 Prozent mehr Gehalt!
- 03.04.2019 **Oberbürgermeister-Wahlopoly**
- 09.04.2019 **IGS Bündnistreffen**
- 12.04.2019 *Fridays for future* mit Unterstützung der GEW Wiesbaden-Rheingau; Rede von Manon Tuckfeld
- 01.05.2019 *Fest auf dem Kranzplatz*, Manon Tuckfeld's Rede zum Thema Bildungsgerechtigkeit in Wiesbaden
- 23.05.2019 *GEW im Gespräch mit Oberbürgermeisterkandidat der SPD, Gert-Uwe Mende*
- 05.06.2019 *Veranstaltung für die UBUS-Kräfte* von der GEW-Fraktion

Mitglieder des KV Wiesbaden-Rheingau nehmen regelmäßig an den Landes- und Bezirksvorstandssitzungen teil.

Die GEW Wiesbaden-Rheingau beobachtet mit zunehmender Sorge einen schleichenden Prozess in die Zweigliedrigkeit der Wiesbadener Schulstruktur. An mehreren Stellen wird deutlich, dass das Handeln von Politik und Schulämtern keinen anderen Schluss mehr zulässt, als dass man von Gymnasien und parallelen Gesamtschulen ausgeht. Die hierfür notwendige Schulstrukturdebatte wird jedoch konsequent vermieden, während schleichend Fakten geschaffen werden. In dieser ungeordneten Zweigliedrigkeit können alle Schulformen nur verlieren – sowohl die Gymnasien als auch die Gesamtschulen. Beide werden mit Problemen konfrontiert, die sie selber nicht zu verantworten haben und die für sie auch nicht lösbar sein werden. Im Ringen um die Gunst des Elternwillens werden am Ende alle Schulen verlieren.

Seitens der GEW haben wir auf konkrete Situationen mit mehreren Pressemitteilungen reagiert, aus denen wir unten einige Passagen zusammenstellen. Ebenso engagiert sich die GEW im neu gegründeten „Bündnis Gesamtschulen“, in dem sich Personalräte, Eltern und Schüler*innen von Wiesbadener Gesamtschulen zusammengefunden haben.

Aus den Pressemitteilungen:

● „Mit ihren Stimmen und unterstützt von der FDP hat die Wiesbadener Regierungskoalition am 21.03.2019 gegen die Stimmen der Linken/Piraten den Neubau von Gymnasien beschlossen - entgegen der Zahlen der Wiesbadener Gymnasien, aus denen hervorgeht, dass diese ausschließlich in den Jahrgängen 5 und 6 mit vollen Klassen und drohender Überbesetzung konfrontiert sind. In beeindruckender Deutlichkeit ist ablesbar, wie die Schülerzahlen und sogar die Anzahl der Zügigkeit ab dem Jahrgang 7 abschnilt.“

● „Die Neubauten von Gymnasien bringen die Gesamtschulen in absehbare Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten ergeben sich nicht nur aus der räumlichen Nähe und den dann gravierenden Unterschieden in deren baulicher Qualität.“

Vielmehr ist die Lenkungswirkung, die sich daraus ergibt, für die Gesamtschulen fatal. Als Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem braucht diese Schulform viel deutlichere, strukturelle Maßnahmen, um in einer offensichtlich seitens der Stadt angestrebten Zweigliedrigkeit bestehen zu können.“

- „Entgegen der landläufigen Annahme, es gäbe zu wenige Gymnasien, ergibt sich vielmehr nach den erfolgten Abschlüssen ein differenzierteres Bild. Ab Jahrgang 7 haben die Gymnasien nach anfänglicher Überlastung eine auskömmliche Schülerzahl. Ab Klasse 11 ergeben sich sogar zu wenige Schüler für ein differenziertes Kursangebot in der Oberstufe.“
- „Da die Lösung dieser grundlegenden Problematik aber in keiner Weise von den schulpolitischen Verantwortlichen auch nur angedeutet wird, lehnt die GEW jeden weiteren Schritt in ein unreguliertes Zweisäulenmodell ab. Die Gesamtschulen werden dabei absehbar zur „Restschule“ und zum unregulierten Auffangbecken für zukünftige „Abschul-Wellen“. Daran ändern auch Hinweise auf eine weitere IGS nichts - zumal für diese nicht einmal die Ansätze einer Planung vorzuliegen scheinen.“
- „Die Schulleitungen mit dieser absehbaren Konkurrenzsituation ohne strukturelle, politische Begleitung allein zu lassen sendet verheerende Signale in die Wiesbadener Schullandschaft. Bemängelt wurde insbesondere das nicht erkennbare politische Gestaltungskonzept hinter den Baumaßnahmen. Einzig der Elternwille scheint für die politischen Akteure Richtschnur ihres schulpolitischen Agierens zu sein. Dieser wird ausschließlich aus quantitativen Anmeldezahlen versucht abzuleiten.“
- „Erst wenn sich demnach ein zu geringes Platzangebot an Oberstufenplätzen ergebe,

könne die WLS mit einer Oberstufe rechnen. Dies ist eine beispiellose Benachteiligung für Gesamtschüler sowie ein zusätzliches Signal an alle Wiesbadener Gesamtschulen: Die Übergänge nach Klasse 10 werden noch problematischer als ohnehin schon, da ein gesicherter Übergang nach Klasse 10 zunehmend zum rein zahlentechnischen Verschiebebahnhof der Jugendlichen werden wird - befreit von jedweder pädagogischen Begleitung. Ein derart absehbar unsicherer Schulwechsel wird viele Eltern zusätzlich dazu bewegen, es dann doch erstmal am Gymnasium zu versuchen. Diese Schulpolitik der Stadt Wiesbaden wird in den kommenden Jahren tiefgreifende Verwerfungen in der Schullandschaft verursachen. Sich dabei - wie der Schuldezernent es tut - vollständig von jeder politischen Gestaltungsverantwortung freizusprechen und die Schulen und Schulformen untereinander in einen Wettbewerb um die Schülerschaft zu schicken, ist aus Sicht der GEW hochgradig empörend. Die Regierungskoalition beweist, dass sie nicht in der Lage ist, Verantwortung für alle Schulen zu übernehmen - sondern sich nur mit schalen Kompromissen hinter einem vermeintlichen Elternwillen zu verbergen sucht.“

Rneé Scheppeler

GEW Wiesbaden-Rheingau im Gespräch mit dem neuen Wiesbadener Oberbürgermeister, Gert-Uwe Mende (SPD) am 23.05.2019

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sieht es als Signal, dass der Oberbürgermeisterkandidat der SPD und mittlerweile gewählte Oberbürgermeister (OB) sich so kurz vor dem Wahltag einem intensiven Gedankenaustausch mit der Gewerkschaft gestellt hat.

Zentrales Thema zwischen der GEW und dem Sozialdemokraten war vor allem die Planung zweier Gymnasien. Hier betonte Mende, „ dass im städtischen Schulentwicklungsplan der Neubau lediglich eines Gymnasiums und einer integrierten Gesamtschule vorgesehen sei.“ Dies sei ihm wichtig, da er die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen IGS sieht. „Ich bedauere, dass die Frage des Gymnasiums so in den Mittelpunkt gerückt ist und setzte hier einen anderen Schwerpunkt.“ Ihm sind die Sanierung, der Ausbau und die Stärkung der IGS-en durch eine gymnasiale Oberstufe an der Wilhelm-Leuschner-Schule in Kostheim ein politisches Anliegen.

Im Hinblick auf das geplante neue Gymnasium befürwortete er den Standort in Dotzheim. Die integrierte Gesamtschule Alexej von Jawlensky-Schule, die wenige Meter vom vorgesehenen Bauplatz des Gymnasiums entfernt ist, sei besser aufgestellt, so dass der Eingriff verkräftbar sei.

Wichtig war der GEW festzuhalten, wie notwendig ein konzeptioneller Blick auf die Schullandschaft in Wiesbaden sei. Man stolpere in die Zweigliedrigkeit. Auf der einen Seite die Gymnasien, auf der anderen Seite die Restschulen. Dies verstärke gesellschaftliche Gräben. Dies mache die eine zur guten und die andere zur schlechten Seite. Es gelte bewusster die pädagogischen und gesellschaftspolitischen Fragen von Schulentwicklung und Planung zu betrachten. Für die GEW besteht der Weg darin, die Gesamtschulen zu stärken, denn jede Gesamtschule sei auch ein Gymnasium. Unterschiedliche Schulabschlüsse



sein so garantiert - und dies individueller, flexibler, ohne Abschulung, Schulversagen und Schulängste.

Der Übergang zum zweiten Schwerpunkt des Gedankenaustausches fiel nicht schwer. Der Stand der Sanierung einer Schule lässt sich leider vielfach an der Schulform erkennen – obwohl leider auch Gymnasien Mängel im baulichen Zustand haben. Aber die anderen Schulformen weisen Mängel in dramatischem Maße auf. Einigkeit bestand, dass deutlich mehr Mittel für die Sanierung in Schulen in der Stadt Wiesbaden zur Verfügung stehen müssten.

An der Planung und Sanierung von Um- und Neubauten sollte die komplette Schulgemeinde und Interessenvertreter*innen eingebunden werden. Ziel sollte sein, gerade die Gesamtschulen der Landeshauptstadt besonders in den Blick zu nehmen.

Dies befürwortete Mende als Verfechter gemeinsamer und partizipativer Lernformen.

Die Errichtung eines Expertengremiums für alle schulpolitischen Fragen befürwortete der Kandidat und wollte sich – auch im Hinblick auf die Entscheidung, welche Schulformen in einer Stadt geplant und umgesetzt werden sollen – für die Erweiterung des Gremiums, wie beispielsweise durch die GEW, einsetzen.

Des Weiteren möchte sich Mende dafür einsetzen, die Wertschätzung der Erzieherinnen- und Erzieher Ausbildung mit einer Ausbildungsvergütung sowie einer praxisnahen Ausbildungsstruktur zu verbessern.

In einem Brief an den Stadtelternbeirat hat der am 16.06.19 gewählte neue Wiesbadener Oberbürgermeister geschrieben, dass im laufenden Doppelhaushalt bereits „Sanierungstöpfe“ gebildet wurden, die eine flexiblere Abarbeitung baulicher Mängel an Schulen ermöglichen sollen. Zudem hat die Stadt Wiesbaden die Finanzierung von Schulbauprojekten auf Kassenwirksamkeit umgestellt, die bereits eine Betrachtung und Bereitstellung von Mitteln über mehrere Jahre hinweg vorsieht und umsetzt.

Oberbürgermeister Mende: „Im Bereich der Instandhaltungen sind die zur Verfügung gestellten Mittel in den letzten Jahren deutlich angestiegen (zuletzt auf 10 bzw. 12 Millionen Euro pro Jahr). Zunächst sollte der Betrag nun mindestens auf das Niveau steigen, das den jährlichen Abschreibungen entspricht. Aus dem Schuldezernat war hierzu einmal von 15 Millionen Euro pro Jahr die Rede.“

Zudem lehnt der neue Oberbürgermeister PPP Modelle nicht nur im Schulbau ab, da der private Investor immer ein Gewinninteresse hat. Er favorisiert, dass der Schulbau in Wiesbaden komplett in eigener Hand bleibt. Schulbau- und Sanierungsmaßnahmen werden entweder von der Stadt selbst oder der 100 Prozent städtischen Gesellschaft „WiBau“ ausgeführt. Daran verdient kein privater Investor auch nur einen Cent.

Etwaige Gewinne der WiBau GmbH werden komplett abgeführt und im Aufsichtsrat sind fast alle Fraktionen, einschließlich der Oppositionsfraktionen, vertreten. Dieses Mietmodell mit der WiBau ermöglicht erhebliche Investitionen, die mit Blick auf die Auslegung der Landesregierung zur Schuldenbremse im Kernhaushalt der Stadt wohl nicht möglich wäre. So umfasst allein das Volumen der im letzten Haushalt beschlossenen Projekte über 70 Millionen Euro – das ist fast so viel, wie im gesamten Investitionshaushalt 2018/19 der Stadt Wiesbaden für alle Bereiche zur Verfügung steht (82 Millionen Euro) ... soweit OB Mende.

Die GEW Wiesbaden-Rheingau hat hier noch starke Bedenken und große Zweifel an der Einschätzung des neuen Oberbürgermeisters.

Die Gewerkschaft schlägt deshalb ein gemeinsames Gespräch mit dem Oberbürgermeister und Vertreter*innen der Stadt Wiesbaden, Bündnis Schulsanierung sowie dem Stadtelternbeirat vor, um im Hinblick auf diese Wiesbaden-ÖPP-Konstruktion noch einige ungeklärte Fragen zu diskutieren.

Es wäre unter anderem interessant zu wissen,

- in welcher Phase sich das ÖPP-Projekt derzeit befindet
- welche Auskunftsrechte beziehungsweise -pflichten die städtischen Vertreter innerhalb der WiBau GmbH und gegenüber dem Stadtparlament haben
- wie die Projektvertragskonstruktion aussieht und wer die Inhalte abschließend überprüft.

Erfreulich war, dass dieser intensive und konstruktive Gedankenaustausch am 23. Mai, dem 70. Geburtstag des Grundgesetzes der Bundesrepublik, stattfand. Gelebte Demokratie, so soll es sein.

Christian Katho, Hajo Barth

Vielleicht sind Sie ja nicht betroffen ... und wenn doch?

Sind Sie eine Frau? Schon schlecht!

Frauen haben mehr Fettgewebe als Männer. In eben diesem Fettgewebe speichern sich organische Giftstoffe/Toxine ab, so auch PCB, die polychlorierte Biphenyle.

Für Schadstoffbelastungen werden die uns alle gut bekannten „Grenzwerte“ festgelegt. Diese Grenzwerte werden für gesunde Männer konzipiert. Also als Frau ist man somit schon mal perse mehr belastet!

Grenzwerte bei Gift- und Schadstoffen sind immer wieder beliebten Argumente der Politik, um dringend notwendige Sanierungen hinauszuzögern und zu verharmlosen.

In Grundschulen, die belastet sind und wo zu einem großen Prozentsatz Frauen arbeiten, hat man als solche somit schlechte Karten.

Außerdem werden Grenzwerte immer nur auf einen Stoff festgelegt. Die Kombinationseffekte, die sich in vielen Fällen aus der Addition verschiedener Giftstoffe - die einzeln ja nur im „Niedrigdosierbereich“ lägen - ergeben dann einen fatalen Cocktail (Prof. Dr. Irene Witte, Uni Oldenburg).

Vielleicht sind Sie ja nicht betroffen ... und wenn doch?

Angenommen, Sie arbeiten oder haben gearbeitet in belasteten Räumen. Sie nehmen täglich Giftstoffe mit nach Hause durch das Anhaften an Kleidung, Haaren, Haut und Gegenständen. Das heißt, Ihre Familienmitglieder sind auch belastet.

Für krebserzeugende, genschädigende und fruchtschädigende Stoffe kann kein Grenzwert angegeben werden, unter dem eine schädliche Wirkung ausgeschlossen werden kann. Außerdem beziehen sich Grenzwerte, wie gesagt, auf gesunde Männer, die im Arbeitsleben stehen. Aber was ist mit Kindern oder gesundheitlich vorbelasteten Menschen? Dürften dies Grenzwerte auf die Innenraumluft von Bildungseinrichtungen angewandt werden? Auf keinen Fall!

Aber vielleicht sind Sie ja nicht betroffen ... und wenn doch?

Es gibt da diese PCB-haltigen Farbanstriche, Deckenplatten und Fugenmassen, die "Clophen A 60" enthalten. Diese Stoffe haben die fatale Eigenschaft, dass sie sich unter Sonneneinstrahlung in Dioxine umwandeln. Die Dioxine sind im billionstel Grammbereich - und das ist wenig! - hirnschädigend. Die PCB-Belastung erhöht sich also im Sommer. Schulkinder sind dem ausgesetzt, da sie sich einen Großteil des Tages in gegebenenfalls belasteten Räumen aufhalten.

Vielleicht sind Sie und Ihre Kinder ja nicht betroffen ... und wenn doch?

Nach dem Wissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Wildführer, ehemals UNI Leipzig läuft eine Schadstoffbelastung bei Menschen meist so ab:

1. "Im menschlichen Körper passiert bei niedrigen Konzentrationen über lange Zeit nichts,
2. dann kommt die Anpassung,
3. dann wird eine Schwelle erreicht, wo man erste Veränderungen sieht,
4. dann kommt wieder lange nichts,
5. dann kommt der administrativ festgelegte Grenzwert,
6. und dann erst geht es wirklich in den pathologischen Bereich".

Was heißt „pathologischer Bereich“?

Durch eine PCB-Belastung kann möglicherweise eine „Multiple-Chemikalien-Sensibilität“ (MCS) entstehen. MCS wird heute zu den schwersten und bekanntesten Krankheiten gezählt.

Hoffentlich sind Sie nicht betroffen.

Diese Umweltgifte bedrohen nicht nur die Gesundheit, sondern auch den Schulerfolg von Kindern. Das kann nicht sein!

Gar keine Gift- und Schadstoffe in Bildungseinrichtungen, die Grenzwerte dürfen hier nicht angewendet werden!

Jürgen Jäger

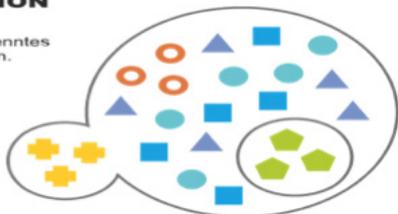
Inklusion ist Menschenrecht!

Positionspapier „Inklusion“ GEW Kreisvorstand Wiesbaden-Rheingau

INTEGRATION

„Eingliedern“

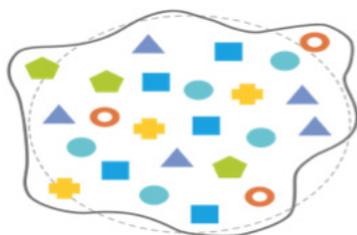
Fügt vorher Getrenntes wieder zusammen. Gemeinsam aber nebeneinander.



INKLUSION

„Einschließen“

Alle gemeinsam. Die Struktur passt sich den individuellen Bedürfnissen an.



„Die GEW Hessen bekennt sich zu den Grundsätzen der UN- Behindertenrechtskonvention und fordert energische Schritte zur Umsetzung des Menschenrechts auf Inklusion auch in der schulischen Bildung. Inklusion ist Menschenrecht!“

Wir als GEW KV Wiesbaden Rheingau fordern

- die Umsetzung der Menschenrechtskonvention! Sie soll im konkreten Zusammenwirken von Kindern, Eltern und pädagogischen Fachkräften erreichen, dass alle Kinder bestmöglich den individuellen Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Oberste Maxime ist hierbei das Wohl aller an Erziehung Beteiligten, aus pädagogischer Sicht insbesondere das Wohl jedes einzelnen Kindes. Denn alle Kinder haben ein Recht auf Bildung.

Konkret fordern wir daher...

- Gemeinschaftsschule statt Parallelsystem und Schwerpunktschulen. Alle Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte sollten fest und gleichberechtigt an der Gemeinschaftsschule verankert sein.
- Grundzuweisung von mindestens einer Förderschulkraft pro drei Schulklassen und eine sozialpädagogische Fachkraft
- Ausbau der Schulsozialarbeit als fester Bestandteil der Gemeinschaftsschule.
- multiprofessionelle Teams mit Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und außerschulischen Einrichtungen.
- Zeit für Kooperation in multiprofessionellen Teams, für Team-Teaching und vor allem Zeit für jedes Kind
- im Stundenplan fest verankerte Koordinationsstunden für alle!
- Entbürokratisierung und dadurch mehr Zeit und Energie für das Kind!
- baulicher Ausbau der Schulen mit Differenzierungs-, Besprechungs-, Team- und Bewegungsräumen

Allgemein fordern wir für alle Schulen

- Reduzierung der Pflichtstundenzahl
- kleinere Klassen
- mindestens A 13 für alle

Lehrkräftemangel und akuter fehlender Lehrkräftenachwuchs an hessischen Berufsschulen

Der Lehrkräftemangel an den hessischen Berufsschulen spitzt sich immer weiter zu. Im Durchschnitt sind die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV), die an den hessischen Studienseminaren für berufliche Schulen ausgebildet werden, zum Zeitpunkt ihrer Einstellung in den Schuldienst circa 37 Jahre alt. Somit geht alle zehn Jahre grob ein Drittel der Lehrkräfte in den Ruhestand. Damit ist hinsichtlich des Lehrkräftemangels an beruflichen Schulen kein Ende in Sicht.

In den letzten zehn Jahren haben an den fünf hessischen Studienseminaren für berufliche Schulen circa 115 LiV pro Halbjahr ihren Vorbereitungsdienst begonnen. Um den Bedarf der 115 beruflichen Schulen Hessens abzudecken, ist die Ausbildung von 115 LiV pro Halbjahr bei weitem zu wenig! Die Diskrepanz zwischen fehlenden Nachwuchslehrkräften und dem Bedarf der Schulen wird immer größer. Die GEW Hessen hat diese Problematik in den letzten Jahren gegenüber Vertretern des Kultusministeriums immer wieder mit Nachdruck benannt.

Auch die unterschiedlichen Quereinsteigerprogramme, die zunehmende Einstellung von Gymnasiallehrkräften und sogar die stark zunehmende Zahl pädagogisch nicht ausgebildeter Lehrkräfte können den Lehrkräftemangel nicht abdecken.

Weniger als 60 Prozent der Lehrenden an den beruflichen Schulen Hessens haben das entsprechende Lehramt. Der Anteil der Lehrkräfte mit ausschließlich allgemeinbildenden Fächern (wie zum Beispiel Gymnasiallehrkräfte) hat sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt. Der Anteil der Lehrkräfte ohne pädagogische Ausbildung sogar verdreifacht. In Hessen hat keine andere Schulform eine derartige Schiefelage! Besonders gravierend ist der Lehrkräftemangel in den beruflichen Fachrichtungen Elektro-, Metall- und Informationstechnik. Mangelfächer sind vor allem die

technisch/naturwissenschaftlichen Fächer, insbesondere Mathematik, Physik und Informatik.

Bedingt durch die oben dargelegten Notsituationen an vielen Schulen unterrichten zunehmend Lehramtsstudierende in den jeweiligen Mangelfächern. Kommt man mit diesen, meist sehr engagierten, Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch, dann berichten diese oftmals von extrem schwierigen Studienbedingungen an den Universitäten, vor allem in Gießen und Darmstadt.

In Mathematik Klausuren gibt es Durchfallquoten von 99 Prozent. Das Lehramtsstudium in Elektro- und Informationstechnik ist so kompliziert, dass nur einzelne Personen ihre Studienabschlüsse erreichen. Wegen extrem hoher Anforderungen wird das Unterrichtsfach Physik äußerst selten gewählt.

„In den letzten zehn Jahren haben an der Justus-Liebig-Universität Gießen in den Lehramtsstudiengängen der beruflichen Fachrichtungen Metall- und Elektrotechnik durchschnittlich 43 Prozent das Studium abgebrochen, in den letzten 2 Jahren lag die Abbruchquote bei circa 25 Prozent. Die Hälfte der Studienanfänger des Lehramtes Bachelor-Studiengangs Metalltechnik macht ihren Masterabschluss. Im Bereich Elektrotechnik sind es 43 Prozent. Etwa die Hälfte schließt das Studium erfolgreich ab, das bedeutet aber nicht, dass diese Personen auch den Weg in den Lehrerberuf einschlagen. Viele gehen nicht in den Vorbereitungsdienst, denn sie finden aktuell auch in der Wirtschaft sehr gute Angebote (meistens erheblich besser bezahlt). „Die berufliche Lehrerbildung lebt daher von Quereinsteigern, nicht nur in Hessen, sondern auch in anderen Bundesländern“, rügt Stockjardt, Ausbilder am Studienseminar Darmstadt für Berufliche Schulen.

Christian Kato

Personalratsarbeit aus der Sicht des Gesamtpersonalrats

Arbeitsweise und Personelles

Seit den letzten Personalratswahlen stellt die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat von den insgesamt 19 Plätzen 8 beamtete Frauen, 3 beamtete Männer und je einen Mann und eine Frau für die Vertretung der Arbeitnehmer*innen.

Dass 2016 so viele Kolleginnen und Kollegen die GEW gewählt haben, hat uns nicht nur gefreut, sondern es bedeutete für uns auch die Verpflichtung, die Lehrer*innenschaft in Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus als Ganzes, aber auch als Einzelpersonen, die sich mit individuellen Anliegen an uns wenden, mit vollem Einsatz zu vertreten.

Wichtig ist dabei, dass der Gesamtpersonalrat auf Augenhöhe mit dem Schulamt und diesem gegenüber unabhängig und selbstbewusst agiert. Mit Fachkompetenz und Zielstrebigkeit werden konkrete Problemlösungen angesteuert.

Konkret sieht das Folgendermaßen aus: Der Gesamtpersonalrat tagt einmal monatlich mittwochs im Staatlichen Schulamt, gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt. Sein Gegenüber ist Frau Keck, die in dieser Wahlperiode Leiterin des Staatlichen Schulamts wurde. An den Sitzungen nimmt auch die Gesamtschwerbehindertenvertreterin, ebenfalls GEW-Mitglied, teil. An den Mittwochen zwischen den gemeinsamen Sitzungen trifft sich die GEW-Fraktion, bereitet Sitzungen vor und nach und koordiniert und plant ihr weiteres Vorgehen. Ebenso findet der Austausch mit den anderen Fraktionen, den Personalräten und den Kolleg*innen statt.

Um die Mitglieder und die örtlichen Personalrät*innen informiert zu halten, berichtet die GEW-Fraktion in der Wiesbadener Lehrer*innenzeitung (WLZ) sowie in speziellen GEW-GPR-LL-Infos. In diesem Bereich entwickeln wir aktuell mehrere neue Formate, z. B. in Form von E-Mail-Newslettern. Diese sollen nicht nur die örtlichen Personalrät*innen sondern alle GEW-Mitglieder erreichen.

Während der Wahlperiode haben wir viele wertvolle Mitstreiter aus unterschiedlichen Gründen verloren. Wir sind froh, dass wir neue Kolleg*innen aus den Reihen der GEW im Gremium aufnehmen konnten und manche Position durch Nachrücker besetzt wurde. Nach vorne blickend lässt sich sagen: Diejenigen, die nachgerückt sind, haben das „Staffelholz“ ohne viel Aufhebens übernommen und bieten die Gewähr, dass der GEW-Slogan für die Wahlen des Jahres 2020 weiter gelten kann: demokratisch – kompetent – streitbar!

Dies zeigt aber auch, wie wichtig es ist, dass wir auf möglichst viele Nachrücker*innen zurückgreifen können, die vor Ort aktiv sind.

Schwerpunkte unsere Arbeit waren beispielsweise:

- **Begleitung der Digitalisierung in den Schulen**
- **Lehrer*innen in Teilzeit**
- **Mitbestimmungsrechte der Personalrät*innen**
- **Begleitung der Inklusion - in all ihren Auswirkungen auf personelle Belange**
- **Einstieg der UBUS-Kolleg*innen**
- **Begleitung und Unterstützung von Überlastungsanzeigen**

Wie wir uns und unsere Arbeit verstehen

Einbindung in die GEW

Viele unserer Fraktionsmitglieder nehmen auch ehrenamtliche Funktionen in der GEW Wiesbaden-Rheingau sowie Untertaunus wahr und sind Mitglieder im GEW-Bezirksvorstand Südhessen. Zwei davon sind darüber hinaus im GEW-Landesvorstand vertreten. Daraus ergibt sich eine gute und notwendige Wechselwirkung: Einerseits werden im gewerkschaftlichen Feld Themen gründlich diskutiert und analysiert, die ihre Umsetzung in der Personalratsarbeit finden. Andererseits fließen Informationen, die wir über die Personalratsarbeit bekommen, in die gewerkschaftliche Diskussion ein. Ohne gewerkschaftlichen Hintergrund würde Personalratsarbeit im „luftleeren“

Raum stattfinden, sie wäre der Beliebigkeit der einzelnen Person ausgeliefert. Mit der Einbindung in die Gewerkschaft geht die Verbindlichkeit gegenüber Gewerkschaftsbeschlüssen einher wie auch die Sicherheit für Wählerinnen und Wähler, dass sich die von ihnen gewählte Personalvertretung im Sinne gewerkschaftlicher Zielsetzungen verhält und auch verantwortet.

Verknüpfung mit anderen Personalratsebenen

Über die gewerkschaftliche Einbindung ist auch die Zusammenarbeit mit den Wiesbadener Hauptpersonalratsmitgliedern gewährleistet, was den Informationsaustausch zwischen den Personalratsebenen GPRLL-HPRLl garantiert. Informationen und Erkenntnisse aus dem Hauptpersonalrat (HPRLl) führen zu Aktivitäten im GPRLL und umgekehrt.

Als ihre wichtigste Aufgabe sieht es die GEW-Fraktion im GPRLL an, den Kontakt zu den Schulpersonalräten zu halten. Dies geschieht zum einen durch die im Hessischen Personalvertretungsgesetz vorgesehenen Zuständigkeiten. Der GPRLL nimmt sozusagen stellvertretend für die örtlichen Personalräte das Mitbestimmungsrecht bei schulamtsinternen Abordnungen und Versetzungen sowie Stellenbesetzungen von stellvertretenden Schulleiter*innen wahr. Hierfür ist eine enge Abstimmung mit den örtlichen Personalräten unabdingbar, denn nur diese wissen, wie die jeweilige Personalangelegenheit vor Ort gesehen wird. Ebenso wichtig sind die GEW-Vertrauenspersonen an den Schulen, denen wir den regelmäßigen Kontakt anbieten.

Besonders wichtig sind eure Anfragen und Anliegen, da diese das gegenseitige Vertrauen stärken aber eben auch die notwendigen Informationsflüsse aufrechterhalten. Denn nur in Kenntnis der Probleme und Bedürfnisse in den Schulen kann sich der Gesamtpersonalrat im Sinne der Kolleg*innen einsetzen.

Insgesamt kann man die Aufgaben von Personalräten in drei Kategorien gliedern:

Überwachungsrechte

- Überwachung der Behandlung aller Beschäftigten nach Recht und Gesetz
- Überwachung der Durchführung von Gesetzen, Verordnungen, Tarifverträgen, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen, die zugunsten der Beschäftigten gelten

Schutzaufgaben

- Schutz und Unterstützung durch den Personalrat bei der Abwehr von Nachteilen für alle Beschäftigten
- Schutz und Unterstützung vor allem für besonders schutzbedürftige Personengruppen

Gestaltungsaufgabe

- Personalräte werden im Interesse der Beschäftigten tätig und agieren, indem sie z.B. eigene Vorschläge machen und Anregungen der Beschäftigten aufgreifen.

Mehrmals im Jahr lädt die GEW-Fraktion im GPRLL zu **eintägigen Schulungen für örtliche Personalräte** ein. Dabei werden aktuelle Informationen aus dem Kultusministerium und dem Schulamt weitergegeben, aber auch grundlegende Themen aus dem HPVG geschult. Schulungsthemen waren z.B. die **Mitbestimmungsrechte bei sozialen und personellen Angelegenheiten**, das **Initiativrecht**, die **Eingruppierung und Einstufung von Tarifbeschäftigten**, die Rechte und die Einflussmöglichkeiten der Personalräte bei **Versetzungen und Abordnungen** u.v.m.. Die Schulungen erfreuen sich großer Beliebtheit. Besonders schön ist es, wenn wir bei späteren Zusammentreffen erfahren, dass von unseren Anregungen an den Schulen auch etwas umgesetzt werden konnte.

Wir hoffen, auch mit den Wahlen in 2020 wieder eine starke Vertretung im Gesamtpersonalrat zu erzielen. Aus diesem Blickwinkel ist es wichtig, dass bereits in den örtlichen Personalräten und in den Kollegien der Wiesbadener und Rheingauer

Schulen Interesse für die Personalratsarbeit geweckt wird. Wer feststellt, dass sie/er sich in einer solchen Arbeit einbringen und engagieren möchte, ist herzlich willkommen, sich an die GEW-Fraktion oder die Kreisverbände in Wiesbaden-Rheingau und Untertaunus zu wenden.

Konkret und wichtig vor Ort

In den Schulen ist es wichtig, unmittelbar nach den Weihnachtsferien die Wahlvorstände gebildet zu haben. Die Bestellung erfolgt durch den Personalrat durch entsprechenden Beschluss. Besteht in der Dienststelle kein Personalrat, obwohl in dieser in der Regel mindestens fünf Wahlberechtigte (von denen drei wählbar sind) beschäftigt sind, hat der Leiter der Dienststelle eine Personalversammlung zur Wahl eines Wahlvorstands einzuberufen. Bestellt der Personalrat keinen Wahlvorstand, beruft der Dienststellenleiter auf Antrag von mindestens drei Wahlberechtigten oder einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft eine Personalversammlung zur Wahl des Wahlvorstandes ein.

Es ist aus gewerkschaftlicher Sicht von hoher Bedeutung, dass unsere Mitglieder in den Personalräten vertreten sind. Natürlich geht dies mit einer gewissen Arbeit und Verantwortung einher. Dabei gibt es aber wie aufgezeigt mehrere Ebenen der Unterstützung. Und nicht zu unterschätzen ist auch der Informationsgewinn sowie die Gestaltungsmöglichkeiten.

Seitens der GEW-Fraktion und des Kreisvorstands wird es im **November eine Schulung für an der Personalratsarbeit Interessierte** geben. Wer hierzu bereits Interesse anmelden möchte, wendet sich bitte direkt an Manon Tuckfeld (m.tuckfeld@gew-wiesbaden.de).

„Gemeinsam für eine bessere Zukunft“



Aufruf zur Demonstrationsbeteiligung der Lehrerinnen und Lehrer am 20. 09. 2019 zur Unterstützung der Fridays-For-Future-Bewegung

Für den 20. September hat Fridays-For-Future unter dem Slogan „Globaler Streik“ weltweit zum Protest aufgerufen. In Deutschland werden an diesem Tag die Ergebnisse des Klimakabinetts vorgestellt. Zudem findet am 23. September der UN Climate Action Summit in New York statt.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Wiesbaden-Rheingau unterstützt die Schülerbewegung „Fridays-For-Future“.

„Wir sind beeindruckt von dem gesellschaftlichen und politischen Engagement unsere Schülerinnen und Schülern“, erklärt Johanna Browman, Vorsitzende des Kreisverbands. Es ist den Jugendlichen nicht nur gelungen, ein Thema für sich zu entdecken. Sie haben es zudem geschafft, dieses über einen inzwischen beachtlichen Zeitraum in eine breite Bewegung zu überführen.

Regelrecht mustergültig erfüllen sie die Ansprüche des hessischen Schulgesetzes (§2, Absatz 2) an sie, indem sie ...

- die Grundrechte für sich und andere wirksam werden lassen
- staatsbürgerliche Verantwortung übernehmen, sowohl durch individuelles Handeln als auch durch die Vertretung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beitragen
- die Auswirkungen des eigenen und gesellschaftlichen Handelns auf die natürlichen Lebensgrundlagen erkennen und die Notwendigkeit sehen, diese Lebensgrundlagen für die folgenden Generationen zu erhalten, um der gemeinsamen Verantwortung dafür gerecht werden zu können

Selbst in der Form der Umsetzung dessen agieren sie vorbildhaft (§2, Absatz 3), denn sie zeigen ...

- sowohl den Willen, für sich und andere zu lernen und Leistungen zu erbringen, als auch die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum sozialen Handeln zu entwickeln
- dass sie Konflikte vernünftig und friedlich lösen können, aber auch Konflikte ertragen lernen
- sich gut informiert und bilden eine eigenständige Meinung, die sie dann auch im Austausch mit Andersdenkenden vertreten
- Kreativität und Eigeninitiative

Viele Lehrerinnen und Lehrer haben dies in den letzten Wochen sehr wohlwollend begleitet. Doch nun ist es an der Zeit, sich auch offen mit den Schülerinnen und Schülern zu solidarisieren.

„Wir sind stolz auf diese junge Generation, ihr politisches Engagement und ihre freundliche, aber bestimmte Art der Durchsetzung ihrer Ideen“, erklärt Chris Hahn, Vorsitzender der GEW Wiesbaden. „Wir wollen unseren Schülerinnen und Schüler noch deutlicher signalisieren, dass wir ihre Anliegen teilen und ihre Aktionen wertschätzen.“

Auch die GEW Hessen unterstützt die von der FFF-Bewegung im April vorgelegten,

wissenschaftlich untermauerten Forderungen (Senkung der Treibgasemissionen in Deutschland bis 2035 auf netto null; Umsetzung des Kohlausstiegs bis 2030; 100% erneuerbare Energien in der Energieversorgung bis 2035).

Sie solidarisiert sich daher mit der Bewegung und wendet sich in Bezug auf die geplanten Großdemonstrationen am 20.9.2019 an ihre Mitglieder und fordert diese auf:

- An der Demonstration persönlich teilzunehmen, wenn keine Unterrichts- und sonstige Dienstpflichten verletzt werden
- Dienstkonforme Möglichkeiten der Teilnahme (z.B. als Exkursion mit der Klasse) zu prüfen, die Aktivist*innen von FFF zu unterstützen
- Die Klimathematik und damit zusammenhängende Problemlagen im Unterricht möglichst fächerübergreifend zu thematisieren

In diesem Zusammenhang sieht es die GEW als ihre Aufgabe an, darauf hinzuwirken, dass Klimaschutz im umfassenden Sinne gedacht wird und somit um das Thema soziale Gerechtigkeit, die Aspekte Armut, Flucht und Migration sowie genereller Natur- und Artenschutz, aber auch die Friedensfrage stärker ergänzt werden muss. Hierbei müssen auch alle gesellschaftlichen Schichten einbezogen werden, soll Natur- und Klimaschutz nachhaltig gelingen.

Die GEW Wiesbaden-Rheingau ruft daher ihre Kolleginnen und Kollegen auf, sich an der geplanten Demonstration zu beteiligen.

Greta Thunberg begnügt sich nicht mehr nur mit dem Kampf gegen den CO2-Ausstoß. Für sie zerstören Kriege am meisten die Umwelt. Siehe umseitigen Artikel von Rainer Rupp.

Greta Thunberg läuft ihrer PR-Agentur aus dem Ruder: "US-Atomwaffen sind Klimakiller"

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hat eigene, US-kritische Ideen zum Umweltschutz entwickelt und folgt nicht mehr den strikten Anweisungen ihrer gut bezahlten PR-Agentur. Damit ist das Ende des Kinderkreuzzugs zur Rettung der Welt absehbar. Die 16-Jährige Greta Thunberg ist das Idol der internationalen Schulschwänzbewegung zur Rettung der Welt. Besonders im giftgrün verseuchten Deutschland hat die Bewegung nicht nur bis ins letzte Kaff Verbreitung gefunden, sondern dank der Medien auch dermaßen an politischem Gewicht gewonnen, dass selbst der Bundespräsident im Privatjet zu einer von Gretas Kundgebungen kam, um sich dort mit ihr fotografieren zu lassen und ihrem Heiligenschein höchste politische Glaubwürdigkeit zu verleihen. Dass er dabei mit seinem CO2-Dreckschleuder-Jet die Umwelt verpestet, um die Umwelt zu retten, scheint weder ihm noch die Greta-Bewegung zu stören.

Offensichtlich glaubt Präsident Steinmeier selbst nicht an das einfach gestrickte Narrativ der Greta-Bewegung, dass nämlich der CO2-Ausstoß der einzige Verursacher des Klimawandels und der globalen Erwärmung ist. Auf dieser simplistischen, monokausalen Idee ruht die ganze Kinder-Klimabewegung. Andere Ursachen, wie zum Beispiel Veränderungen in der Sonnenaktivität, die in der Vergangenheit maßgeblich für Klimawandel auf der Erde verantwortlich waren, spielen natürlich bei der CO2-Bewegung keine Rolle. Und das hat seine guten Gründe:

Vor einigen Jahren, als die Wirtschafts- und Finanzkrise den Globus fest im Griff hielt, verkündete die Weltelite der Politiker und ihrer Wirtschaftsbosse bei einem ihrer alljährlichen Weltwirtschaftstreffen in Davos, dass bis zu 19,8 Billionen US-Dollar Steuergelder für Klimaschutzmaßnahmen in den nächsten 20 Jahren die Weltwirtschaft beleben und ihr eine neue Konjunktur beschere würden. Inzwischen ist jedoch die Bereitschaft in der Bevölkerung gesunken, für vage, nicht bewiesene Maßnahmen noch mehr Abgaben und Steuern zu zahlen, die letztlich doch nur die Taschen der Kapitalisten füllen würden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Rebellion der Gelbwesten in Frankreich gegen höhere Spritpreise, mit denen Umweltschutzinvestitionen bezahlt werden sollten.

Wenn das Leben aufgrund einer immer geringeren Kaufkraft in den Taschen der arbeitenden Massen zum täglichen Kampf ums Überleben wird, dann können die ohnehin fragwürdigen Konzepte zur Rettung des Klimas in 50 oder 100 Jahren erst einmal zurückstehen. An dieser Stelle kam die von der "Umweltindustrie" bezahlte

Public-Relations-Agentur auf eine großartige Idee, die sie der mittelalterlichen Geschichte des Abendlandes entliehen hat: Als nämlich damals die erwachsenen Ritter keine Lust mehr hatten, weitere, entbehrungsreiche Kreuzzüge in den Orient zur Rettung des Heiligen Landes zu unternehmen, organisierte der Papst einen Kinderkreuzzug, bei dem die damalige Jugend für eine irre Ideologie verheizt wurde.

In dem aufgeweckten schwedischen Kind Greta, das bereits gut Englisch sprach, keine Angst vor öffentlichen Auftritten hatte und engagierte Umweltschützerin war, fand die PR-Agentur die gesuchte Protagonisten, die den neuen Kinderkreuzzug gegen den Klimawandel anführen sollte. In einer mit den Medien und den Wirtschaftsbossen abgesprochenen, konzertierten Aktion brachte man Greta dann zum Weltwirtschaftsforum nach Davos, wo das Kind mit großem Getöse vor der versammelten "Weltelite" als neue Heilsbringerin gekürt und gefeiert wurde.

"Wenn die politischen Führer sich wie Kinder benehmen, dann werden Kinder zu politischen Führern" (beim Kampf für das Klima) – so lautet seither die Devis der vor allem in Europa sehr erfolgreichen Bewegung. Das Klima ist wieder in aller Munde. Besser noch, die Erwachsenen haben ein schlechtes Gewissen, wenn ihre Kinder jeden Freitag die Schule schwänzen, um auf der Straße für ihre Zukunft zu demonstrieren, die wir Erwachsene leichtfertig aufs Spiel setzen, weil wir weiterhin Auto fahren und die Welt mit CO2 verpesten.

Bis hierhin lief alles wie geplant. Gretas PR-Agentur und deren Auftraggeber konnten zufrieden sein. Nur mit einem hatten sie nicht gerechnet. Die junge Greta fing an, selbständig zu denken, und hielt sich nicht länger an das ihr vorgegebene Skript. Da es laut Narrativ darum geht, zur Rettung des Klimas den CO2-Ausstoß radikal zu reduzieren, schloss sie folgerichtig: Statt Kohle, Gas und Öl zur Energiegewinnung zu verbrennen, sollte die Welt auf Atomenergie umsteigen. Als Greta diese Idee bei einer Kundgebung geäußert hatte, hatte ihre PR-Agentur größte Mühe, ihren Fehltritt zu korrigieren und den Schaden zu begrenzen.

Aber mit ihren neuesten Erkenntnissen scheint die noch vor wenigen Tagen in grünen Medien als "Prophetin" gehuldigte Greta jetzt alle Dämme zu brechen und ihrer Bewegung den Garaus zu machen. Sie hat nämlich die modernen Kriege des Wertewestens, insbesondere der USA, als größte Gefahr für die Umwelt und das Klima identifiziert. Von allen Umweltverschmutzern sei das Pentagon mit seinem

riesigen, über die ganze Welt hinweg operierenden Militärapparat der mit Abstand größte Übeltäter.

Für Greta sind jetzt Kriege die Aktionen des Menschen, welche die Umwelt am meisten zerstören, mehr, als man sich überhaupt vorstellen kann. Sie vergiften die Luft, die Gewässer und den Boden, erst recht, wenn abgereichertes Uran eingesetzt wird. Kriege zerstören die Ressourcen der Menschen und fügen den Menschen selbst unvorstellbares Leid zu, und zwar jetzt, aktuell, und nicht erst möglicherweise in 30 oder 50 Jahren. Vor allem sind die Armeen der USA und der NATO die größten CO2-Erzeuger der Welt.

Und dann rechnete Greta speziell mit dem Umweltvergifter Pentagon ab: In Sachen Erdölverbrauch ist das Pentagon weltweiter Spitzenreiter. Laut der amerikanischen Umweltjournalistin Johanna Peace ist die US-Armee für 80 Prozent des amerikanischen Energieverbrauchs verantwortlich. Dem CIA-Factbook zufolge verbrauchen nur 35 von 210 Ländern täglich mehr Öl als das Pentagon. Mittlerweile machen Wissenschaftler das US-Militär für den Klimawandel mitverantwortlich. Steve Kretzmann, Direktor der Organisation "Oil Change International", hatte errechnet, dass amerikanische Streitkräfte während des Irakkrieges allein im Zeitraum 2003 bis 2007 an die 141 Millionen metrischer Tonnen an CO2 freigesetzt haben.

Laut Greta kommt erschwerend hinzu, dass die Drohungen und die Bereitschaft der USA, Atomwaffen gegen andere Länder einzusetzen, die Wahrscheinlichkeit um ein Vielfaches erhöht, dass eine "nukleare Erwärmung" lange vor der CO2-Erwärmung das Leben auf unserem Planeten unmöglich macht.

Mit ihren neuen Einsichten wird Greta sich leider nicht lange gegen die Einheitsfront der Medien und Politiker unserer "liberalen Ordnung" halten können, für die ihre neuen Aussagen reine Ketzerei sind. Ihr wird das Schicksal der Johanna von Orléans blühen. Sie wird auf dem medialen Scheiterhaufen verbrannt und ihre Asche wird im Gedächtnisloch der neuen Weltordnung entsorgt, während eine andere PR-Agentur einen neuen Politzirkus zur Ablenkung der Massen erfindet.

Rainer Rupp, ehemaligem Mitarbeiter im NATO-Hauptquartier in Brüssel, ist die vom Militär verursachte Umweltverschmutzung nur zu gut bekannt. Neue rheinische-Zeitung online-Flyer Nr 699 vom 3.4.2019, www.nrhz.de/flyer/breitrag.php?id=25786